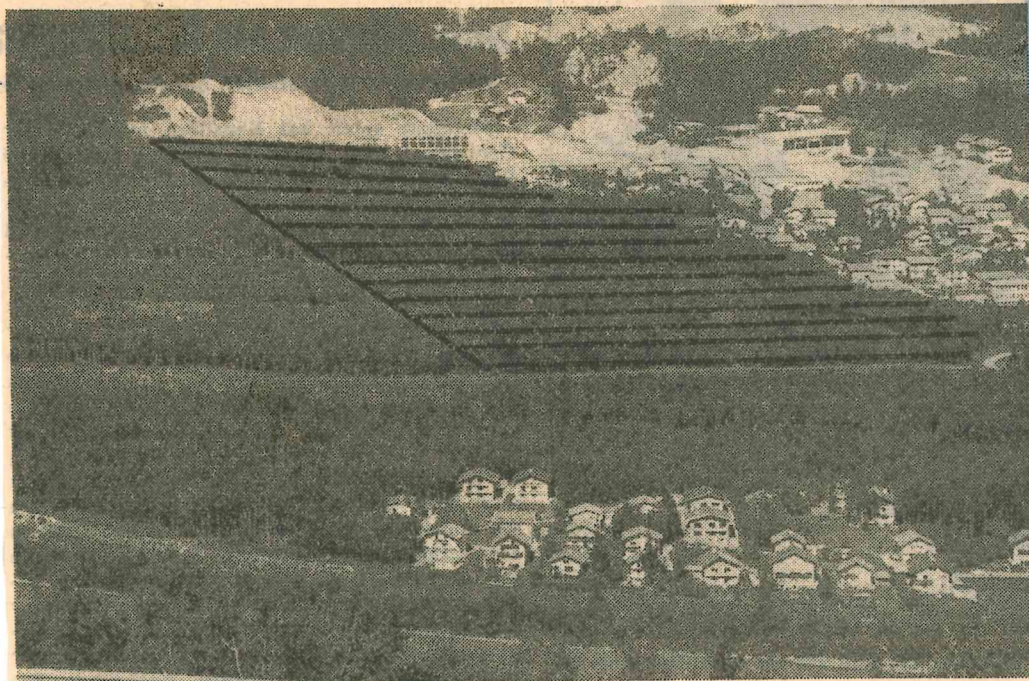


# Vomperbach sieht seine Zukunft als Staubwüste

Erweiterter Schotterabbau würde Rodung des jetzt noch filternden Waldgürtels bedeuten • Die Bewohner sammeln sich zum Widerstand

(HF—) Die rund 800 Bewohner der zur Gemeinde Terfens gehörenden Ortschaft Vomperbach sind zwar an Staub gewöhnt, doch was jetzt auf sie zukommt, wollen sie nicht mehr diskussionslos über sich ergehen lassen. Ist der Ort bereits jetzt vom Osten her durch das schotterführende Bachbett und durch die Schottergruben der Firma Derfesser und im Norden durch die Halden der Firma Lang eingekreist, so droht in nächster Zeit auch das westlich gelegene Waldstück in eine Schottergrube verwandelt zu werden. Dieses Projekt der Firma Lang würde die Ortschaft praktisch in eine Wüste stellen, fürchtet man in Vomperbach.



Dieses Waldstück westlich von Vomperbach soll gerodet werden, weil eine Firma (sie hat den Wald seit langem in ihrem Besitz) neue Schotterquellen erschließen muß. Was dann, wenn auch dieser Schotter erschöpft ist? — Die Bewohner von Vomperbach wollen sich mit allen Mitteln gegen die Rodung wehren, und auch die Firma beharrt auf ihrem Vorhaben: Im Mai soll die Entscheidung fallen. (Foto: H. Fitz)

Von insgesamt 80.000 Quadratmeter Wald (übrigens dem einzigen im Unterland, der sich vom Berghang geschlossen bis zum Talboden erstreckt und so noch bis an die Autobahn herreicht) wären vorerst rund 30.000 Quadratmeter von der Rodung bedroht. Die Entscheidung muß noch in diesem Jahr fallen, weil der aus den bestehenden Gruben gewonnene Schotter langsam, aber sicher zur Neige geht. Die Verhandlung wird voraussichtlich Ende Mai stattfinden.

Doch diesmal wollen die Bewohner von Vomperbach, angeführt von einem Komitee, den Kampf gegen die drohende Staubplage aufnehmen. Ein Vertreter, Gemeinderat Walter Hellweger, zur „TT“: „So kann es bei uns einfach nicht weitergehen. Wenn der Schotterabbau in Vomperbach so fortschreitet, werden unsere Kinder keine gesunden Lebensbedingungen mehr vorfinden. Wir können jetzt schon kaum unsere Fenster öffnen, wie wird es erst sein, wenn auch das letzte Waldstück noch fällt.“ Der Unterstützung der übrigen Siedler ist man sich sicher. Hellweger: „Alle denken so wie wir, es muß nur endlich jemand den Mund aufmachen.“ Notfalls wollen die Bewohner, durchwegs Besitzer von erst

in den letzten Jahren erbauten und noch nicht schuldenfreien Einfamilienhäuschen, Kampfmaßnahmen ergreifen. Eine Bürgerinitiative, so Hellweger, ist nicht ausgeschlossen.

Ing. Hans Lang will versuchen, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Er bietet den Bewohnern an, einen kleinen Waldgürtel bei den Häusern zur Verminderung des Staubniederschlages stehenzulassen. Die für die Ausdehnung des Schotterabbaues erforderlichen Grundstücke hat Ing. Lang teilweise schon vor Jahren von den Terfener Bauern erworben. Daher auch das oft ins Treffen geführte Argument, die Baufirma sei vor den Siedlern in Vomperbach anwesend gewesen, die Leute hätten ja nicht hinbauen müssen. Wie dem auch sei, im Falle einer Verhärtung der Standpunkte will man von seiten der Firma hart durchgreifen.

Der Terfener Bürgermeister, Purner, zeigte sich vorsichtig. Man sei sich zwar der Wichtigkeit der Existenz der Baufirma in bezug auf Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, aber auch der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen bewußt. Allergrößter Wert müsse auf die Rekultivierung der Abbauflächen gelegt werden. Dazu

sei erwähnenswert, daß die nördliche Abbaufläche durch Verlegung der Landesstraße nach Terfe in einen Neigungswinkel gebracht werden kann, der für die Wiederbegrünung geeignet ist. Bei Ausdehnung des Abbaugbietes, und hier kam der Bürgermeister auf den Kern der Sache, nur in Verbindung mit einer weitestgehenden Begrünung der bisherigen Entnahmestellen denkbar, wobei beim Abbauniveau auf die angrenzende Siedlung Rücksicht zu nehmen sei. Man werde bemüht sein, ein einigermaßen brauchbares Einvernehmen zwischen Siedlern und Firma herzustellen, denn, so Purner, „der Betrieb und die Siedler sind nun einmal keine idealen Nachbarn“.

Von der Bezirkshauptmannschaft und damit von der Forstbehörde war vorerst noch keine Stellungnahme zu erhalten. Man müsse erst die Entscheidung des Ansuchens und in weiterer Folge die Verhandlung abwarten. Inzwischen aber fürchten die Bewohner von Vomperbach, daß eines Tages die Bagger anrollen und mit dem Schotterabbau beginnen.

**TT** LEBENSHILFE  
Umwelt aktuell

## Naturschutz und Schottergruben

Nach dem neuen Tiroler Naturschutzgesetz, das bekanntlich mit Anfang Mai d. J. in Kraft tritt, ist bewilligungspflichtig u. a. „die Errichtung, Aufstellung oder erhebliche Änderung von Anlagen zur Gewinnung oder Aufbereitung von Gesteinen, Schotter, Kies, Sand, Lehm, Ton und Torf sowie von Mischgut- und Bitumenaufbereitungsanlagen“ (in Paragraphen 5). Für die Bewilligung ist die Bezirkshauptmannschaft zuständig. Was sie dabei zu beachten hat, steht im Paragraph 13. Die Behörde hat die Bewilligung zu geben, wenn das Vorhaben „weder den Naturhaushalt noch den Erholungswert der Landschaft noch das Landschaftsbild in seiner Eigenart oder Schönheit, noch die Grundlagen von Lebensgemeinschaften von Tieren oder Pflanzen in einer Weise beeinträchtigt, die dem öffentlichen Interesse, das durch die Festsetzung der Bewilligungspflicht geschützt werden soll, zuwiderläuft“ — sehr viel „Gummistecher“ in diesem Paragraphen. Der Gummistecher wird zugunsten der Wirtschaft noch ausgedehnt: Die Bezirkshauptmannschaft hat die Bewilligung nämlich auch dann zu geben, „wenn öffentliche wie etwa regionalwirtschaftliche oder wissenschaftliche Interesse an der Erteilung der Bewilligung das öffentliche Interesse an der Vermeidung von Beeinträchtigungen der (oben) erwähnten Art übersteigen“. Nun liegt der Schwarze Peter also bei der BH: Je nachdem, zu welcher Ansicht der Beamte über die „regionalwirtschaftlichen Interessen“ des betreffenden Betriebes gelangt, wird der Bescheid eine Bewilligung oder Ablehnung enthalten.

Im Paragraph 13 steht jedoch auch folgendes ganz unzweideutig: „Ein öffentliches Interesse an der Erteilung der Bewilligung besteht nicht, wenn der angestrebte Zweck auf eine andere technisch und wirtschaftlich vertretbare Weise erreicht werden kann.“

Tiroler  
Tageszeitung  
vom 10.04.1975  
Artikel-Nr. Z/01/1005